

Antrag für den Landesparteitag die Linke Saar

Antragsteller: KV Die Linke St.Wendel und BG Linksjugend [‘solid] St.Wendel

Der Landesparteitag möge beschließen:

Abschaffung des Programms „together@work“, echte Integration statt Zwangsarbeit

Die Linke Saar setzt sich auf allen politischen Ebenen gegen Zwangsarbeit von Sozialleistungsempfängenden ein.

1. Die Linke Saar setzt sich für die Einstellung von together@work und gegen die Einführung ähnlicher Maßnahmen ein.
2. Die Linke Saar stellt sich gegen Sanktionen für Sozialleistungsempfängende.
3. Die Linke Saar setzt sich für echte Teilhabe und Integration ein.
4. Die Linke Saar wird diese Forderungen in parlamentarischen Anträgen und politischen Initiativen einbringen.

Begründung:

Das Programm together@work der kommunalen Arbeitsförderung im Landkreis St. Wendel ist im April gestartet und richtet sich bisher an Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive, eine Erweiterung auf Bürgergeldempfänger wurde bereits vorgeschlagen. Die Betroffenen sollen gemeinnützige Tätigkeiten wie z. B. Grünflächenpflege erledigen, dabei bekommen sie lediglich eine Aufwandsentschädigung von achtzig Cent pro Stunde. Bei Nichterscheinen wird mit Sanktionen und Leistungskürzungen gedroht.

Das Programm wird als Integrationsmaßnahme verkauft, dabei handelt es sich eher um Zwangsarbeit. Der Landkreis St. Wendel wird als Modellregion angesehen. Ohne Widerstand drohen solche Maßnahmen gängige Praxis zu werden, im Saarland und darüber hinaus. Dabei braucht es echte Integration in Form von Bleibe- und Arbeitsrechten sowie Sprachkursen und Bildungsangeboten, die nicht an Bedingungen geknüpft sind.